

Solidarische Ökonomie

Solidarische Ökonomie (SÖ) bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen (Ripess 1997).

Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. Damit emanzipieren sich die AkteurInnen von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik und Ergebnissen. Solidarität kann dabei sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit (z.B. gemeinschaftliche Selbsthilfe) als auch auf Umverteilung beruhen (Coutrot 2005, 114). Der Begriff der Solidarität verweist ferner auf die Freiwilligkeit von Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Damit beinhaltet die Idee der SÖ den Anspruch von Selbstorganisation und Demokratie. Ebenso beinhaltet die Idee der Solidarität auch zukünftige Generationen und damit die Erhaltung der Natur.

Eine solche Ökonomie auf solidarischer Basis ist aus der Sicht des Neoliberalismus eine Fehlallokation von Ressourcen und widerspricht der angestrebten Maximierung von Innovation und Konkurrenz. Es handelt sich also um solidarische ökonomische „Alternativen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte“ (Altvater 2006).

Trotzdem existiert SÖ in einer Vielzahl von Projekten und Unternehmen. Manche Ansätze haben eine lange Geschichte, andere sind erst vor kurzem entstanden. Dazu gehören z.B.

- Gemeinschaftliche Eigentumsformen wie Wohnungs- und Produktionsgenossenschaften, Agrarkooperativen, Gemeinwesenbetriebe, Belegschaftsübernahmen, Nutzungsgemeinschaften
- Gemeinschaftliche Lebensformen wie Gemeinschaftssiedlungen, Kommunen, Ökodörfer
- Direktvermarktung, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Lebensmittelkooperativen, neue Dorfläden
- Teilen und gemeinschaftliche Produktion von Wissen z.B. bei Freie Software oder Wikipedia
- Fairer Handel
- Alternative Geldsysteme wie Tauschringe und Regiogeld
- Lokale Banken und ethisches Investment

Eine Abgrenzung zwischen SÖ und kapitalistischen oder staatlich organisiertem Wirtschaften ist nicht trennscharf vorzunehmen. Wie konsequent solidarische und demokratische Ideen realisiert werden, ist von Projekt zu Projekt verschieden.

Der Begriff SÖ kann verschiedene Reichweiten haben:

Zielvorstellung: SÖ kann sich als humanere Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften verstehen oder das Ziel der Überwindung des Kapitalismus verfolgen.

Raum: SÖ kann sich in unterschiedlicher räumlicher Entfernung der solidarisch Handelnden abspielen. Sie existiert meist auf lokaler Ebene, kann aber auch über große räumliche Entfernungen praktiziert werden, z.B. beim Fairen Handel.

Größe: SÖ kann verschieden große ökonomische Einheiten umfassen. Es gibt sowohl solidarische Einzelunternehmen wie auch Projekte eines ganzen anderen Wirtschaftssystems (z.B. ALBA).

Universalität: SÖ kann auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen KooperationspartnerInnen beruhen oder in verbindlichen Regeln münden, die für alle Wirtschaftsakteure gelten (z.B.

„Solidarische Weltwirtschaftsordnung“). SÖ ist damit nicht notwendigerweise ohne Beteiligung des Staates.

Die Formung des Begriffes SÖ ist wie die dazugehörige globale Bewegung noch lange nicht abgeschlossen. Dies zeigt sich auch daran, dass viele Begriffe ein ähnliches Feld von Konzepten und Aktivitäten bezeichnen. Je nach Region, Sprachraum und ideologischem Hintergrund dominieren neben der SÖ Begriffe wie Soziale Ökonomie, Alternative Ökonomie, Gemeinwesenökonomie, Community Economy, Genossenschaften, Ökonomische Selbsthilfe, Dritter Sektor, Not-For-Profit-Organisationen. Allerdings rückt nur der Begriff SÖ mit der Bezugnahme auf Solidarität einen explizit politischen Anspruch in das Zentrum der ökonomischen Alternativen. SÖ ist daher immer mehr als ein „Kind der Not“.

Die Entwicklung der SÖ kann durch gesellschaftliche und politische Unterstützung entscheidend voran gebracht werden. Insbesondere der Brasilianische Staat fördert die SÖ. In südeuropäischen Ländern hat die Förderung von Genossenschaften Verfassungsrang. Mit der altermondialistischen Bewegung haben die Ideen der SÖ viele Verbreitung gefunden.

Gleichzeitig zeigen sich die Begrenzungen des Ansatzes SÖ. Viele Projekte im Rahmen der SÖ bleiben klein und sind davon bedroht, im Strudel der dominanten kapitalistischen Ökonomie unterzugehen. Sie scheitern ökonomisch oder passen sich unter Aufgabe ihrer solidarischen Prinzipien an. Gerade die demokratische Selbstorganisation führt immer wieder zum Problemen in den Projekten etwa durch zwischenmenschliche Konflikte oder Selbstüberforderung. Häufig wird die SÖ kritisiert, weil sie über die Idee gemeinschaftlicher Selbsthilfe den Rückzug des Staates legitimieren könnte. SÖ kann jedoch soziale Rechte nur dann für alle Menschen garantieren, wenn sie in verbindlichen universellen Regulierungen und Rechten mündet. Solidarische Unterstützung in Teilgruppen kann soziale Rechte und Gerechtigkeit für Alle nicht ersetzen. Fair Trade-Projekte sind eben keine Alternative für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung. Ebenso ersetzt SÖ keine verbindliche und umfassende Regulierung der Ökonomie, etwa der Finanzmärkte.

SÖ sollte sich als Teil des Kampfes um Emanzipation für Alle verstehen. Sobald sie diese Perspektive einnimmt, kann SÖ die politische Unterstützung für Alternativen verbreitern indem wir schon heute mit der anderen Welt beginnen.

Literatur

Elmar Altvater/Nicola Sekler (2006): Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, vsa: Hamburg.

Thomas Courtrot (2005): Démocratie contre capitalisme, La Dispute: Paris.

Ripess - Internationales Netzwerk zur Förderung der sozialen und solidarischen Ökonomie (1997): Erklärung von Lima., www.ripess.net

Webseiten

Dokumentation und Nacharbeit des Kongresses „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“: www.solidarische-oekonomie.de
Dort kostenlos zu abonnieren: Rundbrief „solidar-info“.